

# Bildung, ein grenzenloses Kinderrecht

## „Fit für die Vielfalt“: ein 10-Punkte-Plan

Deutschland streitet. Die Gesellschaft ist gespalten in der Frage, wie wir umgehen sollen mit Menschen, die in Deutschland Schutz suchen vor Krieg, Terror und Verfolgung. Und wie wir gemeinsam mit ihnen Zukunft gestalten können. Für uns Grüne ist klar: Der Schlüssel zu gelingender Integration liegt in der Bildung. Sie ist der Kit, der unsere Gesellschaft auch in Zukunft zusammenhält.

Alle Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung – das gilt für Kinder, die hier aufgewachsen sind genauso wie für Kinder die nach Bayern kommen. Das gilt unabhängig vom Aufenthaltsstatus und von der sogenannten Bleibeperspektive. Jeder Mensch soll die Voraussetzung dafür bekommen, selbstständig leben zu können, Verantwortung zu übernehmen und an der Gesellschaft teilhaben zu können. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass in der komplexen Welt von heute alle Kinder stark gemacht werden und allen Kindern eine gute Bildung und gleiche Bildungschancen zukommen – unabhängig von der Herkunft und den sozialen Verhältnissen.

Die Herkunft ist in Bayern ganz entscheidend für den Bildungserfolg. Sag mir, woher du kommst, dann sag ich dir, wie groß deine Wahrscheinlichkeit ist, auf ein Gymnasium zu gehen. Sag mir, wie die soziale Lage deines Elternhauses ist, dann sage ich dir, welchen bzw. ob du überhaupt einen Abschluss bekommst. Sag mir, aus welchem Land du zugewandert bist, dann sage ich dir, welche Chancen du hier hast. Wenn es uns aber um Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen geht, dann muss unsere Bildungspolitik der Benachteiligung aufgrund der Herkunft entschieden entgegenwirken.

Die bayerische Gesellschaft ist seit vielen Jahrzehnten eine Einwanderungsgesellschaft. Bayern ist Teil einer globalisierten Welt, in der Ein- und Auswanderung selbstverständlich dazu gehören. 26 Prozent der Schülerschaft an den Mittelschulen haben einen Migrationshintergrund, an den Realschulen und Gymnasien je 6,7 Prozent. 40 Prozent aller Flüchtlinge, die nach Bayern kommen, sind schulpflichtige Kinder und Jugendliche. In Zahlen: 17.245 im vollzeitschulpflichtigen Alter (6-15 Jahre) und 29.114 im berufsschulpflichtigen Alter (16-21). An allgemein bildenden Schulen waren im vergangenen Schuljahr 25.480 SchülerInnen, die seit 2014 zugezogen sind. 12.223 aus der EU oder EFTA, 12.984 aus afrikanischen, asiatischen oder europäischen nicht EU/EFTA Staaten (Anfrage zum Plenum vom 3. Juni 2016). Nach Krieg, Elend und Vertreibung, physischer und psychischer Gewalt in der Heimat, erfahren Flüchtlingskinder oft in den Schulen zum ersten Mal Hoffnung auf eine neue Perspektive.

Wir haben es mit drei Gruppen zu tun, auf die bildungspolitisch das Augenmerk richten muss: Es gibt neu zugewanderte Kinder und Jugendliche die sich – meist noch ohne ausreichend Deutschkenntnisse – in das deutsche Schulsystem integrieren müssen. Eine zweite Gruppe sind Kinder und Jugendliche, die durch ihren Aufenthaltsstatus oder Aufenthaltsort (Erstaufnahme) von Schulbesuch ausgeschlossen sind. Und schließlich, die Jugendlichen, die hier geboren sind, aber die nicht die für den Schulerfolg ausreichenden Deutschkenntnisse bzw. die Unterstützung des Elternhauses mitbringen und daher Bildungsverlierer in unserem Schulsystem sind.

## Bildung in der Einwanderungsgesellschaft – der Grüne 10-Punkte-Plan

1. Bildung ist ein **grenzenloses Kinderrecht** für alle. Jegliche Einschränkung der Schulpflicht, wie im eingebrachten Gesetzentwurf der CSU-Staatsregierung („Integrationsgesetz“), lehnen wir ab. Das Bildungsrecht darf nicht durch den Aufenthaltsort und den Aufenthaltsstatus eingeschränkt werden.
2. Integration von Kindern mit Migrationshintergrund ist **Aufgabe aller Schularten**. Dafür müssen die Schule auf Seiteneinstiege, kulturelle Vielfalt, Sprachförderung und Sprachbildung in der Einwanderungsgesellschaft vorbereitet sein und flexibel reagieren können.
3. Schnell und intensiv **Deutsch lernen** – und schnell **sozial integrieren**. Ob in der Übergangsklassen bei Besuch der Regelklasse: intensive Deutschförderung und Eingliederung in die Klassengemeinschaft müssen Hand in Hand gehen.
4. Deutsche **Sprache bilden**. Die Bildungs- und Berufssprache Deutsch muss über den Anfangsunterricht hinaus systematisch über Jahre gefördert werden durch Unterricht in Deutsch als Zweitsprache und sprachsensiblen Unterricht in allen Fächern.
5. Wir wollen die Fähigkeiten der jungen Menschen in ihrer **Herkunftssprache anerkennen und fördern**. Die Anerkennung als zweite Fremdsprache soll allgemeine Praxis werden.
6. Lehrkräfte brauchen **Unterstützung durch Zweitlehrkräfte**, multiprofessionelle Teams und durch gezielte Fortbildung.
7. **Wertebildung** in Unterricht und Schulleben unterstützen, **Demokratiebildung** stärken, Religionsbildung und islamischen Religionsunterricht ausbauen, statt Schulen auf den „Leitkult“ verpflichten.
8. **Elternhaus mitnehmen** bzw. „ersetzen“ in den Lebensraum Schule
9. **Ganztagschule** für alle mit Qualität **ausbauen**: eine gute Ganztagschule ist eine Chance für Kinder mit Migrationshintergrund, weil sie mehr Zeit zum Lernen gibt, Unterstützung geben kann, die das Elternhaus nicht leisten kann und die Schülerin/der Schüler sich den ganzen Tag im deutschen „Sprachlernraum“ bewegt.
10. **Integration ist Daueraufgabe**: sie braucht feste Strukturen und eine sichere Finanzierung. Die jetzt geschaffenen Stellen im Flüchtlingspaket dürfen nicht 2019 wieder gestrichen werden. Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache brauchen dauerhafte Arbeitsverhältnisse.

München, 22. Juni 2016  
Thomas Gehring, MdL, bildungspolitischer Sprecher  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen